

## Aufhebung der Immunität beschäftigt das Parlament

Zur Aufhebung der Immunität der Abgeordneten des türkischen Parlaments ist eine Änderung in der türkischen Verfassung notwendig. Die AKP hat einen Gesetzesentwurf über einen Zusatzparagrafen vorgelegt, der vorübergehend wirksam sein soll. Damit soll die Aufhebung der Immunität all jener Abgeordneten zugelassen werden, gegen die aktuell ein dem entsprechender Antrag der Staatsanwaltschaft dem Parlament vorliegt. In dem Falle der Annahme des Gesetzesentwurfes ist dann auch eine Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig. Am 17.05.2016 soll die erste Runde in der Abstimmung über das umstrittene Gesetz vor der Kammer des Parlaments stattfinden. Die HDP wird an ihr teilnehmen, obwohl sie selbst den Vorstoß der AKP scharf verurteilt und davon ausgeht, dass seine einzige Zielsetzung darin besteht, die HDP aus dem Parlaments auszuschließen. Die zweite und letzte Tour im Abstimmungsverfahren ist für Freitag den 20. Mai vorgesehen. Entgegen allen anderen Gesetzestexten werden Gesetzes-

vorstöße die Verfassung betreffend mit einer ganz bestimmten Prozedur und in geheimer Wahl beschlossen. In der ersten Tour dürfen höchstens 7 Änderungsanträge gestellt werden. Jeder Änderungsantrag wird einzeln behandelt und abgestimmt. Zwischen erster und zweiter Tour der Abstimmung müssen mindestens 48 Stunden vergangen sein. In der zweiten Tour wird dann über den kompletten Gesetzesantrag und dessen Unterparagrafen abgestimmt.

Damit der Gesetzentwurf als angenommen gilt benötigt er in der letzten Abstimmung der zweiten Tour 330 Stimmen, liegt er darunter, gilt er als abgelehnt. Hat er zwischen 330 und 367 Stimmen erreicht, wird er dem Präsidenten mit dem Antrag ihn über ein Volksvotum durchzusetzen vorgelegt. Sollte er mehr als 367 Stimmen bekommen, wird er dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt. Sobald der Präsident seine Zustimmung erteilt hat, wird er offiziell veröffentlicht. Zwei Wochen nach offizieller Veröffentlichung tritt er in Kraft.

Die HDP, die den Gesetzesvorstoß der AKP als „Staatsstreich“ definiert, hat zwar lange über die Frage ihrer Teilnahme an der Abstimmung diskutiert, sich dann jedoch dazu entschlossen bei der ersten Tour der Abstimmung anwesend zu sein. Im Vorfeld hatte die HDP bereits in 11 Städten 68 Versammlungen abgehalten, bei denen sie mit der Bevölkerung über den Gesetzesvorstoß diskutierte und Anregungen und Vorschläge dazu entgegen nahm. Dabei waren auch jeweils Abgeordnete der HDP zugegen. Es war geplant, dass auf einer Sitzung die Vorschläge und Anregungen ausgewertet werden. Sie sollen eine wichtige Rolle im weiteren Vorgehen gegenüber dem Gesetzesvorstoß spielen. Es wurde davon ausgegangen, dass die beiden Co-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş und Figen Yükkedâğ, die Sitzung leiten werden und sowohl die Abgeordneten der HDP als auch der Exekutivrat der Partei bei der Versammlung anwesend sein werden. (BN, 16.5., ISKU)

## Auseinandersetzungen in Nisêbîn und Şirnex

In Nisêbîn (Nusaybin) dauern der Angriff auf die Stadt und die Ausgangssperre seit nunmehr zwei Monaten an. Der türkische Staat soll hier erneut einen Luftangriff durchgeführt haben. Betroffen soll der Stadtteil Yenisehir, ein Stadtteil der sich im Widerstand befindet, gewesen sein. Er soll in der Nacht aus der Luft angegriffen und bombardiert worden sein. Es gibt Meldungen, nach denen der türkische Staat in Nisêbîn eine Rampe für Raketen installiert. Die Bilanz der YPS listet eine Reihe von Aktionen gegen Fahrzeuge, darunter Bagger, die bei der Vernichtung der Stadt eingesetzt worden sein sollen, gepanzerte Militärfahrzeuge und Panzer, aber auch gegen Gruppen spezieller Einsatzkräfte, die vermehrt versuchen, Quartier in Häusern der Stadt zu beziehen. Der Angriff der türkischen „Sicherheitskräfte“ auf Şirnex (Şirnak) dauert auch am 62. Tag unvermindert an. Über die ganze Stadt verteilt gibt es Gefechte. Vor

allem im Stadtteil Bahçelievler sind die Gefechte zwischen YPS, YPS-JIN und dem Kräfte des türkischen Staates heftig. Am Samstag zwischen 22.00 und 23.00 Uhr soll es zu einem zeitgleichen Angriff der YPS, YPS-JIN und der YJA-STAR auf mehrere militärische Ziele gekommen sein, darunter Stützpunkte und Kasernen. Während im Zentrum der Stadt YPS, YPS-JIN aktiv waren, war die YJA-STAR im Umland aktiv. In den letzten 3 bis vier Tagen soll es in der Stadt vor allem zu heftigen Gefechten im Umfeld eines Gebäudes, das sich zwischen den Stadtteilen Yeni und Bahçelievler befindet, gekommen sein. Dem türkischen Militär gelang es dabei nicht, in den Stadtteil einzudringen. Daraufhin sprengten sie Häuser und Gebäude in die Luft. In einem Gebäude soll es zu einer Explosion gekommen sein, als eine Gruppe von Spezialeinsatzkräften es betrat. Das Gebäude soll daraufhin eingestürzt sein. Es

wird von Toten und Verletzten ausgegangen. Im gleichen Stadtteil soll eine weitere Gruppe von Spezialeinsatzkräften in die Umzingelung durch die YPS und YPS-JIN geraten sein. Es kam zu Gefechten. Die Stadtteile Yeni, Cumhuriyet, Gazipaşa und İsmetpaşa stehen derweil unter Dauerbeschuss der türkischen Truppen, dabei sollen auch mehrere Gebäude in Brand geraten sein. Während des Beschusses mit Granaten wurde auch ein Platz mit Zelten, in denen die Zivilbevölkerung untergekommen ist, getroffen. Dabei wurde der 22-jährige Ali Sümbül durch einen Granatsplitter schwer am Arm verletzt. Polizei und Rettungsdienst wurden informiert, kamen jedoch nicht. Der junge Mann verlor sein Leben. Auch eine Frau, die durch einen Granatsplitter am Fuß verletzt wurde, wartet vergeblich auf einen Rettungswagen und konnte erst am nächsten Tag ein Krankenhaus erreichen. (BN, 16.5., ISKU)

### Meldungen:

**Aktion der HPG in Istanbul**  
Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte HPG BIM gab eine Erklärung zu einer Aktion der Guerilla in Istanbul Sancaktepe heraus. Demnach habe es am 12. Mai 2016 eine Sabotageaktion gegen zwei Militäreinrichtungen in Sancaktepe Istanbul gegeben. Der Erklärung zufolge habe die HPG am 12. Mai um 16.45 Uhr mit einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug während eines Truppentransports die Sabotageaktion durchgeführt. 9 Soldaten sollen dabei verletzt worden sein. (ANF, 17.5., ISKU)

**Sonderparteitag der DBP am 28. Mai**  
Die Partei der Demokratischen Regionen DBP führt ihren Sonderparteitag wie geplant am 28. Mai in Ankara durch. Der Kovorsitzende der DBP, Kamuran Yükksek, der seine Verhaftung als Versuch wertet, den Parteitag zum Scheitern zu bringen, erklärte aus dem Gefängnis heraus, dass er trotz der Haft erneut für den Vorsitz kandidieren werde. Mehmet Salih Yıldız, Kovizevorsitzender der DBP berichtete, dass „bisher 5.600 Menschen festgenommen wurden, 1200 kamen in Untersuchungshaft. In jenen Tagen (2009) in denen die sogenannten KCK-Operationen durchgeführt wurden, waren es 10.000. Damals wie heute zielen die Verhaftungen darauf, den Willen der Bevölkerung zu brechen“ und führt aus: „Die DBP ist eine Partei, die bei den letzten Lokalwahlen 106 BürgermeisterInnen für sich verzeichnen konnte. Danach wurden 21 Ko-BürgermeisterInnen in Untersuchungshaft genommen, 18 weitere ihres Amtes enthoben. 21 Mitglieder der Parteizentrale wurden in Untersuchungshaft genommen, weitere 49 werden mit Haftbefehl gesucht. Wenn man das alles zusammen fasst, kann das nur eins bedeuten, es wird versucht, die unbeugsame Haltung des kurdischen Volkes zu brechen.“ In dem Rahmen sieht er auch die Verhaftung von Kamuran Yükksek und erklärt, dass Kamuran Yükksek auf dem Sonderparteitag erneut für das Amt des Kovorsitzenden der DBP kandidieren wird. Die Kandidatin für das Amt der Kovorsitzenden wird sich seinen Worten nach im Rahmen der Aktivitäten des Frauenrates herauskristallisieren. (YH, 18.5., ISKU)

# Gever: Versorgung der Bevölkerung unter der Ausgangssperre nicht weiter möglich

Seit dem 13. März ist über Gever (Yüksekova) die Ausgangssperre verhängt. Sie dauert weiterhin an, obwohl die mit ihr einhergehende Militäroperation für beendet erklärt worden war. Die Notwendigkeit der Durchsuchung der Viertel wird von offiziellen Stellen als Grund dafür angegeben. Der Sprecher des Viertels Yeni von Gever, Kerem Demir, wies jetzt auf die prekäre Situation hin, die das Anhalten der Ausgangssperre für die sich in Gever befindenden Menschen darstellt. Die Lage sei verzweifelt. 700 Familien

hätten ohnehin, auch während der Ausgangssperre, den Stadtteil nicht verlassen. Hinzu gekommen seien jetzt noch jene, die nach Beendigung der Operation nach Gever zurückgekehrt seien und jene die aus anderen Stadtteilen Gevers in den Stadtteil Yeni gekommen seien und Schutz und Unterkunft gefunden haben, sodass sich jetzt etwa 3000 Familien allein im Stadtteil Yeni befinden. 3000 Familien, die wegen der anhaltenden Ausgangssperre von den grundlegendsten Bedürfnissen des Lebens abgeschnitten

sind. Während der Operation hat das Bürgermeisteramt ein paar Mal die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt. Diese Lebensmittel seien nun aufgebraucht. Hinzu käme, das die Zahl der Bedürftigen erheblich zu genommen habe. Kerim Demir sieht keine Möglichkeit, so viele Menschen mit Lebensmitteln versorgen zu können. So wendet er sich im Namen der Menschen im Stadtteil Yeni an die Verantwortlichen mit einem Aufruf, die Ausgangssperre schnell zu beenden. (ANF, 16.5., ISKU)

## HDP zur Frage der Visafreigabe

Die HDP ist dafür, dass die Visafpflicht beidseitig aufgehoben wird. Wir sind prinzipiell gegen jegliche Beschränkungen der Freizügigkeit und Reisefreiheit von Menschen. Der Grund dafür ist folgender: Während das Kapital vollständig über grenzenlose Bewegungsfreiheit verfügt, kann es nicht sein, dass, außer einer kleinen reichen Klasse, der Gesellschaft in ihrer Breite das Recht auf Bewegungsfreiheit durch Visazwang eingeschränkt wird. Eine der grundlegenden Perspektiven unserer Partei ist es, dass die nationalen Grenzen an Bedeutung verlieren, während die kommunale Selbstverwaltungen an Bedeutung gewinnen. Unsere Überzeugung ist, dass wenn die EU die Prinzipien eines grenzenlosen Europas ausweitet und andere Teile [der Welt] miteinschließt, es zu einem Abbau der Polarisierung und der Radikalisierung zwischen unterschiedlichen Identitäten führen könnte.

Auf der anderen Seite finden wir es bedenklich, dass grundlegende Rechte und Freiheiten aufgrund der Visa-Angelegenheit zu einer Verhandlungsmasse zwischen der EU und der Türkei geworden sind. Selbst wenn die Türkei die 72 Kriterien für die Visafreiheit nicht erfüllen sollte, hat die EU die Verantwortung, eine klare Haltung gegenüber den Menschenrechtsverstößen in der Türkei einzunehmen. Bis heute haben die Länder und die Institutionen der EU die systematische Zerstörungspolitik des türkischen Staates in Cizre, Nusaybin, Sur und anderen Orten nicht einmal auf ihre Tagesordnung genommen. Und hierfür gibt es einen einzigen Grund. Und der ist, dass die Türkei sich an die Bedingungen des EU-Türkei Abkommens hält und die Flüchtlinge aus der EU/aus Griechenland wieder aufnimmt. Das Ergebnis dieses schmutzigen Deals ist, dass die AKP-Regierung nun bedenkenlos das kurdische

Volk angreifen kann. Somit zahlen die KurdInnen wohl den größten Preis für die mögliche Gestattung der Visafreiheit für die Türkei. Zusammengefasst sind wir für die Aufhebung der Visabeschränkung, allerdings hätte das nicht das Ergebnis eines schmutzigen Deals sein dürfen. Die Visafrage (und die Flüchtlingsfrage) darf keine Angelegenheit sein, für die im Gegenzug ein Schweigen gegenüber den Massakern in Kurdistan ausgehandelt wird. Das wäre äußerst prinzipienlos und unmoralisch. Stattdessen müsste bei dieser Frage ein Prozess in die Wege geleitet werden, der weder die Würde der Flüchtlinge unter die Füße nimmt, noch der AKP-Regierung das Recht einräumt, die KurdInnen und Oppositionelle in der Türkei weiter zu unterdrücken.

*Evren Çevik  
Kommission für  
Außenbeziehungen der HDP*

## Kollektiv gegen den Ausnahmezustand

Mit der Zerstörung der Dörfer 1993 schlossen sich die BewohnerInnen des zum Landkreis Licé gehörenden Dorfes Mişif gegen die Angriffe zusammen und wurden zu einem Beispiel für kollektives Leben. Auch die Bombardierungen und Verbote der letzten Zeit konnten sie nicht schrecken, so machen sie alles, vom Hüten des Viehs bis zur Feldarbeit, in Solidarität miteinander. In den 1990ern, zu einer Zeit als wie heute der türkische Staat glaubte die kurdische Frage ließe sich mit Vernichtung und Zerstörung lösen, lehnten die BewohnerInnen des Dorfes es ab Dorfschützer zu werden, und entwickelten kollektives Lebens verschiedene Arbeitseinheiten. Die BewohnerInnen des Dorfes sind ungehalten gegenüber der in letzter Zeit zunehmenden Bombardierungen. Auch jetzt werden sie ihr Dorf – wie auch in den 1990er Jahren – nicht freiwillig verlassen, sondern als Antwort auf die stattfindenden Angriffe ihr

kollektives Leben entsprechend weiterentwickeln. Als sich die BewohnerInnen 1993 weigerte Dorfschützer zu werden zusammen, wurde ihr Dorf von staatlichen Kräften zerstört. Nun waren sie gezwungen, den Winter in Amed und Licé zu verbringen. Nach Ende des Winter benachrichtigten sie einander und kehrten in ihr Dorf zurück, wo sie gemeinsam die zerstörten Häuser wieder aufbauten. Obwohl sie daraufhin unzählige Male von Soldaten, die ihr Dorf angriffen, gefoltert und beleidigt wurden, blieben sie. Dann wurde ihnen ein Embargo auferlegt. Es wurde ihnen untersagt, Lebensmittel in ihre Häuser zu bringen. Aber auch das konnte sie nicht dazu bringen ihr Dorf zu verlassen. Dem Hunger begegneten sie, indem sie das bisschen das sie besaßen, miteinander teilten. Obwohl der Druck von Seiten des Staates lange Zeit andauerte, fruchtete er nicht. Sie bleiben.

Das Dorf besteht aus zwei Vierteln. Die Menschen des Dorfes handeln nun in allen Bereichen des Lebens gemeinsam. Die Felder werden von ihnen gemeinsam mit dem Traktor bearbeitet. Auch zur Erntezeit wird der Ertrag gemeinsam eingeholt. Als das Dorf noch keine Schule besaß, bauten sie gemeinsam eine, damit die Kinder etwas lernen können. In der Schule gibt es jetzt 18 SchülerInnen und einen Lehrer. Die Haupteinkunftsquelle des Dorfes ist die Viehwirtschaft. Auch hier haben sie sich die Arbeit aufgeteilt. Abwechselnd bringen sie das Vieh ins Umland zum Weiden. Am Morgen in der Frühe machen sich jeweils 2 Personen mit dem Vieh auf den Weg. Alle im Dorf verbliebenen kümmern sich derweil um die Arbeit auf den Feldern. Wie die BewohnerInnen des Dorfes erklärten, wurde das System entwickelt, damit alle anderen sich in Ruhe um die Feldwirtschaft kümmern können. (BN, 14.5., ISKU)

### Quellen:

ANF Firat  
Nachrichtenagentur  
BN BestaNuçe  
YH Yüksekova Haber

### Petition

#### Humanitärer Korridor für Kobanê und ganz Rojava!

Die Petition richtet sich an die Kurdische Regionalregierung KRG (Nordirak), um eine Grenzöffnung nach Rojava (Nordsyrien) und einen humanitären Korridor für Kobane und ganz Rojava zu ermöglichen.

Die Kurdische Regionalregierung im Nordirak und die Volksverteidigungseinheiten YPG haben einen Grenzübergang zwischen dem Nordirak und Nordsyrien (Rojava) errichtet. Um den Grenzposten bei Peshhabor in Semalka zu passieren, ist eine Genehmigung der KRG und der Demokratischen Selbstverwaltung von Rojava erforderlich. Neuerdings berichten Hilfsorganisationen, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, dass ihnen durch die KRG Schwierigkeiten bereitet werden, wenn es um die lokale Kooperation geht, die für ihre Arbeit erforderlich ist. Eine große Anzahl von Hilfslieferungen für Rojava warten seit Monaten an der Grenze. Das kurdische Volk hat einen heldenhaften Kampf gegen den IS geführt, es hat Millionen Menschen vor der Ermordung oder Versklavung durch den IS gerettet. Jetzt braucht es unsere Unterstützung.

#### Ein humanitärer Korridor ist notwendig!

**Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobane wird benötigt!**

**Die KRG muss die Grenze nach Rojava für die Unterstützung der Bevölkerung öffnen!**

*Kampagne TATORT Kurdistan  
tatortkurdistan.blogspot.de*

*Die Petition kann unter folgender Adresse unterstützt werden:  
tinyurl.com/corridor4kobane*

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

**Spaldingstr. 130-136**

**20097 Hamburg**

**Tel.: 040 - 421 02 845**

**E-mail: isku@nadir.org**

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

**Postbank Köln, BLZ 37010050**

**Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)